Der Corona-Montagsspaziergang in Karlsruhe am 24. Januar 2022 und seine Gegendemo

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts

ka-gegen-rechts.de/dossiers

(Dossier 177)

Der letzte Montagsspaziergang in Karlsruhe hatte am 17. Januar stattgefunden. Die Gegendemo hatte das *Karlsruher Netzwerk gegen Rechts* organisiert: Mit 800 Teilnehmenden hatte man in mehreren Reihen den Marktplatz umstanden. Die Montagsspazierenden hingegen hatten mit nur 150 Teilnehmenden den schlechtestbesuchten Montag seit Beginn der Kundgebungsreihe im November 2021. Eine direkte Konfrontation hatte es nicht gegeben. Die Gegendemo blieb stationär auf dem Marktplatz, die Spazierenden pendelten zwischen Karstadt und Europaplatz. Bundesweit waren es am 17. Januar 2022 rund 100.000 Spaziergehende gewesen

Diesbezügliche Infos im Dossier 176 hier[1].

Auch die Gegendemo vom 24. Januar hatte das *Karlsruher Netzwerk gegen Rechts* angemeldet.

Hinter den Montagsspaziergänge der zweiten Welle stand in Karlsruhe das in Rheinstetten beheimatete Projekt *Grundrechte Jetzt*.

Das hatte nach dem Inaktivwerden von Querdenken721 im Lauf den Jahres 2021 viele der weggesickerten AktivistInnen reaktivieren können.

Angemeldete stationäre Gegenkundgebungen zu unangemeldeten „Spaziergängen“ gab es in größerer Form seit Ende 2021. Im Südwesten Deutschlands hatte Mannheim den Anfang gemacht.

1 https://ka-gegen-rechts.de/wp-content/uploads/2022/01/176-Der_Corona-Montagsspaziergang_am_17_01_2022_und_seine_Gegendemo.pdf

Bundesweites Vorbild der Zweiten Welle der Corona-Proteste seit November 2021 waren die Proteste in Sachsen, organisiert von den *Freien Sachsen*, einer Kleinstpartei mit nunmehr 142.000 *telegram*-Abonnenten. Via *telegram* erfolgten in der Corona-Szene die Multiplikationen: Aufrufe, Berichterstattungen, Vernetzungen.

Die Zweite Welle der Corona-Proteste war, stärker als die Erste, geprägt von einem Fehlen von Distanzierungen gegen Rechts: Insbesondere von den *Freien Sachsen*, deren Kern ein Zusammenschluss von *Pegida, AfD* und *NPD*&Co war.

ZDF Verfassungsschutz Sachsen 21.01.2022

"Die Lage ist ernst wie lange nicht"

Der sächsische Verfassungsschutzpräsident Christian zeigt sich angesichts der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen besorgt. Rechtextreme seien in die bürgerliche Mitte vorgedrungen.

Dirk-Martin Christian, Präsident des Verfassungsschutzes Sachsen, zeigte sich extrem besorgt über die Entwicklung der Demonstrationen in Sachsen. Es handle sich nicht um eine "flüchtige Erscheinung", das Plateau bei den Teilnehmerzahlen sei noch nicht erreicht, sagte er der "Welt". Beunruhigend sei, "dass es Rechtsextremisten in Sachsen gelungen ist, tiefer in die bürgerliche oder genauer gesagt, in die soziale Mitte einzu.-dringen", erklärte Christian. Die Themen seien dabei austauschbar: Nach 2015 war es die Migrationskrise, jetzt sind es die Corona-Maßnahmen, danach könnte es die Klimapolitik sein, die Angst vor Preisanstiegen und Wohlstandsverlust. Die "überwiegende Mehrheit auf den Straßen in Sachsen" seien keine Extremisten, betonte Christian. Diese Menschen fühlten sich "offenbar nicht mehr durch unser Parteiensystem vertreten". Sie täten jedoch gut daran, denen auf die Finger zu sehen, die im Hintergrund agierten: “Die Freien Sachsen organisieren den Protest nicht, weil sie so nett sind - sie tun es, um ihre rechtsextremistischen Parolen unter die Leute zu bringen”, sagte der Präsident Die Gruppierung Freien Sachsen spiele derzeit bei den Corona-Demonstrationen in Sachsen die größte Rolle. Christian verwies auf Studien, denen zufolge 43 Prozent der Protestierenden ausschließlich soziale Medien konsumierten. "Diese Menschen haben sich komplett aus der bürgerlichen Öffentlichkeit verabschiedet." Um sie zu erreichen, genüge eine "kleine Gruppe mit einemTelegram-Kanal. In Sachsen gebe es eine "starke Anti-Establishment-Haltung" und "den Wunsch nach einem autoritären Staat". Zahlreiche Menschen fühlten sich politisch ohnmächtig, erklärte der Experte: Im Osten hätten viele "etwas anderes durchgemacht als die Landsleute im Westen. In jeder Familie gab es Umbrüche". Es sei jedoch beunruhigend, wenn sich Kräfte in die Proteste mischten, die gegen den demokratischen Staat agierten.

Ende Januar 2022 war man seitens der *Freien Sachsen* dazu übergegangen, die ideologische Botschaft ungeschminkt im Internet zu verbreiten:

Migrationspolitik & Coronapolitik in Deutschland waren gleichberechtigte Symptome eines totalitären Staates.

Offener Internetbrief an den Sächsischen Ministerpräsidenten:

Freie Sachsen **23. Januar 2022**
142K subscribers

Deshalb fordern wir Ministerpräsident Kretschmer heraus, uns auf folgende Fragen zu antworten:

Sehr geehrter Herr Kretschmer,

stehen Sie nicht für noch mehr Einwanderung?
Stehen Sie nicht kurz davor, einen Impfzwang gegen den Willen des Volkes einzuführen?
Sind Sie mit Ihrer "2G und 3G Politik" nicht für die tiefste Spaltung in der Gesellschaft der jüngeren Vergangenheit verantwortlich?
Sind Sie nicht verantwortlich für Grundrechtsbeschränkungen, wie sie jedem wirklichen Rechtsstaat unwürdig wären?

Die Corona-Szene im Südwesten Deutschlands war anders gestrickt als die in den Neuen Bundesländern. Im Südwesten stand der Protest gegen die Corona-Maßnahmen im Vordergrund und nicht der Protest gegen die BRD als solche. Im Westen Deutschlands hatte sich die Patriotische Corona-Szene nicht gegen die esoterisch-spirituell infizierte Querdenken-Szene durchsetzen können. Letztere war mittlerweile zwar zerfallen, etliche AktivistInnen beteiligten sich nun allerdings rege an den Spaziergängen.

Die Spaziergänge im Westen Deutschlands waren in der Regel von der Rechten Szene weder organisiert noch dominiert. Jedoch wurde die Rechtsradikalität der *Freien Sachsen*, des bundesweiten Vorbilds der aktuellen Corona-Porteste, ebensowenig hinterfragt wie seinerzeit (2020) die offen gelebte Hinwendung der Querdenken-Chefetage an die Reichsbürgerszene. Vereinfacht wurde eine derartige Taktik-Kultur des Wegschauens durch den Umstand, dass die Spaziergänge dezentral organisiert waren – wodurch sich keine Strukturen ergeben hatten, von denen man sich hätte distanzieren können. Vorherrschend war ein Grundgefühl der Unangreifbarkeit: Bei den Spaziergängen selbst gab es weder Reden noch Parolen oder Plakate. Dem äußeren Anschein nach verliefen sie unpolitisch.

Vereint waren die Proteste in Ost und West dadurch, dass man sich gemeinsam im Kampf gegen eine Diktatur wähnte. Der Unterschied war, dass die AktivistInnen im Osten eher aus politischen Lagern kamen, die mit der BRD bereits seit Jahren und Jahrzehnten ein Hühnchen zu rupfen hatten, während im Westen konkrete Inhalte ging, etwa um Proteste gegen die seit November 2021 drohende Impfpflicht.

Die Spaziergänge und ihre Gegendemos liefen in der Regel ab wie am 21. Januar in Ulm: Coronamaßnahmen-KritikerInnen sammeln sich unangemeldeterweise in der Innenstadt zu einer großen Gruppe und ziehen dann umher. Die angemeldete Gegendemo ist stationär und von lokalpolitischer Prominenz besucht. Die Polizei läuft nebenher, kesselt bisweilen einzelne Grüppchen, beschränkt sich sonst aber aufs Dauerfilmen und ermittelt so Personen, die sie dann anschließend zu Versammlungsleitenden definiert.

SWR »

Bislang größte Kundgebungen von Gegnern und Befürwortern der Corona-Politik 22.1.2022

An dem Protestmarsch der Impfgegner und Kritiker der Corona-Maßnahmen beteiligten sich laut Polizei rund 5.000 Menschen. Sie zogen vom Ulmer Münsterplatz zunächst nach Neu-Ulm und dann zurück in die Ulmer Innenstadt. Angeführt von Trommlern riefen sie unter anderem: "Frieden, Freiheit, keine Diktatur!" Außerdem forderten sie eine "freie Impfentscheidung". Auf dem Münsterplatz wartete eine Gegendemo von rund 200 Menschen auf den Tross. Beide Gruppen wurden durch ein Großaufgebot der Polizei und ein Sperrgitter getrennt. Als Redner der Gegendemo waren unter anderem der evangelische Dekan Ernst-Wilhelm Gohl, Kulturbürgermeisterin Iris Mann und der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Marcel Emmerich, dabei. Sie bekundeten ihre Unterstützung für die Impfkampagnen und die Corona-Maßnahmen. Nach Polizeiangaben wurden beim Protestzug gegen die Impfpflicht die Personalien von einem Mann und einer Frau festgestellt, die offenbar die nichtangemeldete Demo leiteten.

Die Corona-Proteste: Zweite Welle vs. Erste Welle

Charakteristisch für die Zweite Welle der deutschen Corona-Proteste ab November 2021 war das Fehlen von Szene-Stars. In der Ersten Welle von etwa März 2020 bis Januar 2021 spielten sich bei angemeldeten Großdemonstrationen (insbesondere in den alten Bundesländern) auf großen Bühnen rund ein Dutzend Personen in den Vordergund. Sie zählten zu Querdenken oder zur Partei *dieBasis* oder zu beiden. Neben auffälligen Nähen zur Alten und Neuen Rechten verband sie der Hang zum Spendensammeln im Internet.

Die Spaziergänge und Demos der Zweiten Welle hingegen verliefen ohne Redebühnen, ohne Star-Kulte, ohne Führungsfiguren. Keine der ehemaligen Kultfiguren der Corona-Proteste trat im Rahmen der Zweiten Welle nennenswert in Erscheinung.

Lediglich auf ihren *telegram*-Kanälen konnte man sie noch wahrnehmen. Das hinter den unangemeldeten Karlsruher Montagsspaziergängen stehende Projekt *Grundrechte Jetzt* teilte auf *telegram* in der Regel keine Beiträge jener Ex-Stars. Eine Ausnahme bildete der (selbsternannte) „Querdenkeranwalt“ Ralf Ludwig, der immer wieder geteilt wurde. Dabei war dessen Ruf in selbstkritischen Teilen der Corona-Szene ebenso schlecht wie der von Michael Ballweg oder Bodo Schiffmann. Der Starkult wurde nunmehr allgemein als ein Fehler gesehen, als Lähmung. Die Zweite Welle hingegen lebt vom Do-It-Yourself-Prinzip.

Auszüge aus einem Artikel über ein *youtube*-Video über die ehemalige Chefetage von Querdenken vom 21. November 2021.

t-online. Wutrede von Insider: Es knallt bei "Querdenken"

Der Jurist Gordon Pankalla, Gründer der coronamaßnahmenkritischen "Anwälte für Aufklärung", holt zu einem Rundumschlag aus. "Wir haben sehr viel Zeit verloren durch diese Idioten. [Sie] spitzen zu und skandalisieren. Sie verkünden 'Skandal! Skandal! Skandal!', um ihren Spendenlink drunter zu knallen." Querdenken sei das Geschäftsmodell von ein paar Leuten. "Die Menschen mit berechtigten Anliegen sind den Falschen nachgelaufen." Besonders mit drei "Querdenkern" rechnet er in dem Video ab: Ralf Ludwig, Michael Ballweg und Bodo Schiffmann. [Wegen Leuten wie ihnen sei] die Bewegung “auseinandergebrochen”.

Ludwig ist bei Querdenken der Mann fürs Juristische. Pankalla stand ihm nah, jetzt wirft er ihm Betrug vor. Mit dem von ihm gegründeten Verein "Klagepaten" habe Ludwig versprochen, Menschen ohne nötige Mittel bei juristischen Problemen wegen der Corona-Maßnahmen zu helfen und dafür Geld eingeworben. Tatsächlich aber sei Pankalla kein einziger solcher Fall bekannt. "Bei mir und bei weiteren Anwälten haben sich viele Leute gemeldet, die sich an die 'Klagepaten' gerichtet und nie eine Rückmeldung erhalten hatten." Schnelle Rückmeldung habe dagegen erhalten, wer eine Rechtsschutzversicherung hatte – also Geld einbrachte. (...) Bei den massenhaft eingegangenen Anfragen an die "Klagepaten" habe sich Ludwig lukrative Mandate herausgepickt und andere an Kollegen weitergegeben, "die darauf nicht unbedingt große Lust hatten", sagt jetzt Pankalla. Rat an andere Anwälte im Widerstand gegen Corona-Maßnahmen habe Ludwig über eine kostenpflichtige Nummer geben wollen, "das hat doch mit Vernetzen nichts zu tun". Es sei Ludwig immer ums Geld gegngen,”nicht um die Menschen." Das sei so weit gegangen, dass Ludwig bei der großen Demo am 29. August 2020 für die “Klagepaten” 50.000 Euro erhalten habe, aber eine Rechnung über 2.000 Euro für T-Shirts mit dem Brustaufdruck "Klagepaten" an Pankalla habe schicken lassen. (...)

Das Internetgeschehen vor dem 24. Januar 2022

Die im Internet in der Woche vor dem 24. Januar in der Karlsruher Corona-Szene diskutierten Themen waren das (rechtswidrige) „Einfrieren der Alarmstufe II“ durch die BaWü-Landesregierung sowie die gesellschaftlichen Diskussionen um eine allgemeine Impfpflicht in Deutschland.

Die BaWü-Landesregierung hatte das bisher geltende Corona-Stufensystem zum 12. Januar 2022 außer Kraft gesetzt und trotz einer unter den Grenzwert von 390 gesunkenen Intensivbettenauslastung erklärt, die höchste Alarmstufe II bis zum 1. Februar beibehalten zu wollen: Und zwar "unabhängig von der Auslastung der Intensivbetten und der Hospitalisierungsinzidenz". Begründet wurde dieser Schritt mit Vorsicht gegenüber der als hoch ansteckend geltenden Omikron-Virusvariante

Der SWR berichtete am 19. Januar 2022:

> Zusätzlich zu Basis-, Warn- und Alarmstufe gibt es seit Ende November 2021 eine Alarmstufe II. Sie gilt ab einer landesweiten Intensivbetten-Auslastung von 450 Corona-Patienten oder ab einer Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 6. Zwar hat die Sieben-Tage-Inzidenz in Baden-Württemberg einen Höchststand erreicht, doch die Zahl der Intensivpatientinnen und -patienten ist rückläufig. Aktuell werden in Baden-Württemberg 330 Menschen intensivmedizinisch betreut, die Hospitalisierungsinzidenz beträgt 3,4. Eigentlich müsste das Land somit nun sogar zurück in die sogenannte Warnstufe gehen, da der Grenzwert von 390 belegten Intensivbetten dann fünf Tage nacheinander unterschritten wird.

Die Gerichtsklagen über diesen willkürlich anmutenden Schritt ließen nicht lange auf sich warten. Und am 21. Januar 2022 berichtete die *Badische Zeitung*:

Badische Zeitung
21. Januar 2022

Einfrieren der Corona-Alarmstufe II in Baden-Württemberg wohl rechtswidrig

Die Landesregierung will das "Einfrieren" der Corona-Alarmstufe II in der kommenden Woche (ab 24.1.) beenden. Das erklärte eine Sprecherin als Reaktion auf einen Beschluss des VGH. Der gab einem ungeimpften Pharmazie-Studenten Recht, der sich dagegen gewandt hatte, dass nicht-immunisierte Studierende aufgrund der eingefrorenen Alarmstufe II von Präsenzveranstaltungen an Hochschulen weitgehend ausgeschlossen sind. Durch den entsprechenden Absatz in der Corona-Verordnung Studienbetrieb sah er sich in seinem Recht auf Ausbildungsfreiheit verletzt. Das von der Landesregierung verkündete Einfrieren der Alarmstufe II sei zu Unrecht mit der Omikron-Variante begründet worden.

Ab Montag (24.1.) gelte laut eines Sprechers des Wissenschaftsministeriums wieder 3G (geimpft, genesen oder getestet) für alle Lehrveranstaltungen, an denen nicht immunisierte Studierende mittels tagesaktueller Testnachweise dann teilnehmen könnten.

Ein Statement der seinerzeit bekanntesten Corona-Aktivistin in Karlsruhe, Güzey Israel.

Die Pandemie: Eine PLANdemie, künstlich, gesteuert, korrupt.

Güzey Israel informiert 22. Januar 2022

Endlich, es wird Zeit!
Herr Kretschmann es reicht, BW ging die letzten 2 Jahre meistens voraus, was härtere Maßnahmen betrifft! Jetzt ist Schluss, die Menschen machen nicht mehr mit.
Ich hatte Ihnen schon vor ca 1 nem Jahr gesagt was ich von Ihnen halte! Ich bin mir sicher die Gerechtigkeit wird siegen und Sie werden sich zur Verantwortung ziehen müssen.

Hinsichtlich der bereits beschlossenen berufsgruppenspezifischen und einer geplanten allgemeinen Corona-Impfpflicht zeichnete sich im Vorfeld der Spaziergänge vom 24. Januar in den Medien ein Wirrwarr von Ansichten und Forderungen ab. Ein Auszug an Schlagzeilen vom 22. Januar (Samstag)

DER TAGESSPIEGEL

Eigentlich gilt sie ab Mitte März

Länder-Widerstand gegen Impfpflicht für Pfleger und Krankenhaus-Personal

Sie ist längst beschlossen – doch wegen eines neuen Impfstoffes und Angst vor Personalverlust kann sich die Impfpflicht in Heimen und Kliniken verzögern.

N-TV Hendrik Streeck im Interview: Darum sieht er eine Impfpflicht kritisch

Tagesschau Coronavirus: Warum die Ampel an der Impfpflicht festhält

https://www.fr.de › Politik
Virologe Alexander Kekulé hält Impfpflicht für nutzlos

https://www.mdr.de
Verfassungsrechtler: Corona-Impfpflicht "Gebot der Stunde"

MDR
Impfpflicht: Thüringer Krankenhäuser gegen Sanktionen für ungeimpfte Mitarbeiter

Wormser Zeitung
Wegen Impfpflicht: Droht dem Klinikum eine Kündigungswelle?

FOCUS ONLINE
Impfpflicht "nicht übers Knie brechen": Ex-Richter stellen sich gegen Scholz

WELT
Corona: Lauterbach – Vierte Dosis im Falle einer Impfpflicht nicht zwingend…

WELT
Corona: Söder für Überprüfung der Impfpflicht im Pflegebereich

Leipziger Volkszeitung
Führt die Impfpflicht zum Kollaps in der Pflege im Altenburger Land?

Kreiszeitung
Wegen Omikron: Am Limit – Kliniken schlagen wegen Personalnot Alarm

t-online.

Warum Spanien bereits die Endemie ausruft

Die linksgerichtete spanische Regierung setzt sich dafür ein, Covid als endemische Krankheit einzustufen, mit deren saisonalen Ausbrüchen die Menschen leben können und die das Gesundheitssystem nicht überlasten. Dieser Schritt sei "an der Zeit und notwendig", sagt Gesundheitsministerin Carolina Darias. Die Voraussetzungen für einen solchen Strategiewechsel sind in Spanien besser als beispielsweise in Deutschland: 90,5 Prozent der Bevölkerung über zwölf Jahren sind in dem südeuropäischen Land vollständig geimpft – das ist eine der höchsten Impfquoten weltweit.

RP ONLINE

OVG kippt 2G-Regel für Einzelhandel im Saarland

Das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes hat die 2G-Regel im Einzelhandel gekippt. Die Klage mehrerer Elektro-Fachmärkte im Saarland war damit erfolgreich. Die Kernbegründung des Gerichts, warum es die Vorschrift kippte: Die Ausnahmen von der 2G-Regelung für bestimmte Läden sind darin zu uneindeutig festgehalten. Die Entscheidung bedeutet, dass im Saarland bis auf Weiteres die 2G- Regelung im Einzelhandel generell nicht mehr anzuwenden ist, wie das OVG mitteilte. Damit entfallen alle Kontrollen an den Eingängen. Es gelten dieselben Regeln wie beispielsweise bei Supermärkten, in denen lediglich Maske getragen werden muss.

Der Abend des 24. Januar 2022 in Karlsruhe

Seit Ende November 2021 waren die Karlsruher Montagsspaziergänge der Zweiten Welle der Corona-Proteste von *Grundrechte Jetzt* koordiniert worden und waren stets unangemeldet abgelaufen.

Forwarded from Güzey Israel informiert (G I) 23. Januar 2022

📅 Montag, 24.01.2022
⏰ Beginn: 18:00 Uhr
📍 Start: Stephanplatz Karlsruhe (hinter der Postgalerie)
📣 Motto: die Polizei ist nicht unser Gegner
1️⃣ Auflagen➡️Allgemeine Corona Verordnung➡️MNS (auch auf Masken kann man eine Botschaft rüber bringen😉), ausgenommen Menschen die im Besitz eines Attest sind, diese werden akzeptiert
2️⃣ Aufzug ist angemeldet
3️⃣ Willkommen ist jeder friedliche Mensch! ❤️✌️🌟

Diesmal jedoch hatte Güzey Israel, die aktuelle Nummer Eins der Karlsruher Corona-Proteste, den montäglichen Spaziergang behördlich angemeldet.

Die Auflagen: Pro 10 Teilnehmende einE OrdnerIn und Maskenpflicht.

Laut eigener Aussage zu Beginn des Demozuges am Stephanplatz tat sie das, um alle möglichen Aggressionspotentiale zu entschärfen: Das zwischen Polizei und unangemeldet Spazierenden sowie das zwischen unangemeldet-unkoordiniert Spazierenden und der Gegendemo am Marktplatz … Schwer zu sagen, wie die Karlsruher Corona-Szene darauf reagiert hatte: Einerseits fanden sich mit rund 300 Spazierenden am Startpunkt doppelt so viele ein wie am Montag zuvor. Allerdings gleichzeitig 500 weniger als zwei Montage zuvor.

Andererseits war der Vorstoß von Güzey Israel in der Coronaszene sehr umstritten, denn das ideologische Grundprinzip war ja gerade gewesen, dass man sich den vermeintlichen Ränken des Staates nicht beugen wollte.

Werner Kraft, aktueller Vizechef von Grundrechte Jetzt und aktuelle Nummer 3 der Karlsruher Corona-Proteste, war really not amused und kommentierte entsprechend:

Werner Kraft 12. Januar 2022

Ich kann mir nicht erklären, was Güzey hier bezwecken möchte. Montags gehen wir ohne Anmeldung SPAZIEREN. Sie kann ja gerne von Dienstag bis Sonntag Umzüge anmelden und das ist dann auch gut so. Aber warum unsere Spaziergänge vereiteln? Viele von uns wollen montags ohne Anmeldung und Maske laufen.

Damit hatte die bisherige (bemerkenswerte) Einheit innerhalb der Karlsruher Corona-Szene eine deutliche Delle bekommen: Erstmals hatte es bei einem Karlsruher Montagsspaziergang (gemäß der aktuellen Corona-Verordnungen) Auflagen gegeben: Pro zehn Teilnehmende einE OrdnerIn und eine generelle Maskenpflicht.

Der Demozug sollte vom Stephanplatz aus über die Kaiserstraße und dann via Zirkel am Marktplatz vorbei zum Kronenplatz und wieder zurück führen, aber man stoppte auf dem Rückweg am Friedrichsplatz und ließ es da ausklingen.

An der Menschenkette auf dem Markplatz nahmen letztlich nur enttäuschende 250 Personen teil. Die Kette um den Markplatz sah keineswegs so imposant aus wie noch eine Woche zuvor … aber ihren Zweck erfüllte sie. Den Corona-Protesten war die Homebase, ihr neuralgischer Bezugspunkt genommen.

Twitter/Demogezwitscher

Diverse Twitter-Berichte sprachen im Verlauf des Demo-Abends von in der Spitze +/- 600 Personen auf dem Friedrichsplatz. Der Zusammenhalt der Karlsruher Coronaszene schien letztlich nicht ernsthaft verwundet worden zu sein.

Mit diesem aussagestarken Foto beendete Twitter-Userin Herder ihre Berichterstattung für heute.

Die *BNN* berichteten anschließend von 400 Teilnehmenden auf dem Marktplatz und 800 Coronaprotestierenden bei der Demo von Güzey Israel: Da hatten sich dann etliche nach Demobeginn auf der Kaiserstraße eingereiht.

Befürworter und Kritiker der Corona-Regeln protestieren in der Karlsruher City

Vor dem Marktplatz bei der Umleitung des Demozugs über den Zirkel

Auf dem Marktplatz kamen rund 400 Menschen zu einer „Menschenkette gegen Rechte Hetze und Verschwörungsmythen“ zusammen. Gut doppelt so viele protes-tierten bei einem Zug durch die City gegen die Einschränkungen. Beide Kundge-bungen verliefen friedlich. Vor dem Rathaus reihten sich die Demo-Teilnehmer gegen 17.45 Uhr auf. Um die Abstandsvorgaben einzuhalten, schlossen sie die Kette durch Schals, Fahnen oder Schilder.

Noch vor einer Woche waren nur knapp 100 Kritiker der Maßnahmen oder einer Impfpflicht unangemeldet auf der Kaiserstraße unterwegs. Dieses Mal kamen auf dem Stephanplatz gut 800 Menschen zu einer Kundgebung zusammen, die Güzey Israel angemeldet hatte. Sie zählt zu den führenden Köpfen der Querden-kenbewegung in der Region. Im Messengerdienst Telegram hatte es noch am Nachmittag Diskussionen um die Veranstaltung gegeben. Einige kritisierten die Anmeldung und sprachen sich für unangemeldete „Spaziergänge“ aus.

Die sind allerdings in Karlsruhe weiterhin per Allgemeinverfügung verboten. „Hört auf, eine Spaltung reinzubringen“, sagte Israel in einem Telegram-Video am Nachmittag. Ein „Spaziergang“ bringe nur „Unschuldige in [polizeiliche] Maßnahmen“. Den Hinweis zur Maskenpflicht ignorierte allerdings der größte Teil der Demonstranten am Rest des Abends. Auch dass der Mund-Nasen-Schutz zum Benutzen einer Trillerpfeife nicht abgesetzt werden dürfe, führte lediglich zu Gelächter. Die Polizei ließ die Teilnehmer gewähren. „Manche von uns sind seit 18 Monaten im Widerstand“, rief Güzey Israel in die Runde. „Jetzt kommen viele dazu, die 18 Monate lang alles mitgemacht haben.“

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN
24. Jan. 2022

1.000 Menschen demonstrieren in Achern gegen Corona-Regeln

Geräuscharm hat sich an diesem Montagabend ein Protestmarsch durch die Acherner Innenstadt bewegt. Nach Polizeiangaben schlossen sich rund 1.000 Personen, also ähnlich viele wie vergangene Woche, der nicht angemeldeten Demonstration von Kritikern der Corona-Maßnahmen an. Aus dem Reihen der Teilnehmer wurde die Zahl 1.285 genannt.

Um kurz vor 18 Uhr herrschte vor dem Acherner Rathaus noch beinahe Leere, bevor sich ein paar Minuten später immer mehr Menschen aus allen Altersgruppen versammelten, darunter auch Jugendliche und Familien mit Kindern.

„Uns wurden keine Besonderheiten gemeldet“, sagte ein Polizeisprecher am Abend. Die Veranstaltung lief, wie in den Vorwochen, friedlich ab. Diesen Umstand nennt die Stadt Achern bisher auch als Grund dafür, warum sie die sogenannten „Spaziergänge“, wie andere Kommunen auch, regelmäßig toleriert, auch wenn die Teilnehmer damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen.

Im gesamten Gebiet des Polizeipräsidiums Offenburg fanden am Montagabend 30 ähnliche Kundgebungen statt, so der Sprecher weiter – vor einer Woche waren es 19. Eine Gegendemonstration gab es in Achern, anders als vor einer Woche, diesmal nicht.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN
24. Jan. 2022

5.500 Menschen demonstrieren in Pforzheim gegen Corona-Regeln

Bei der Demonstration gegen die aktuell geltenden Corona-Regeln in der Pforzheimer Innenstadt wurde die Maskenpflicht am Montagabend aus Sicht der Polizei von den Teilnehmern überwiegend eingehalten. Insgesamt zählte man 5.500 Demonstranten.

Wegen der steigenden Teilnehmerzahlen und der sich ausbreitenden Omikron-Variante gilt seit dieser Woche erstmals auch für Teilnehmer eine allgemeine Maskenpflicht, teilte die Stadt am vergangenen Freitag mit.

Der Erste Bürgermeister Dirk Büscher sagte dazu: „Halten Sie sich bitte an die Maskenpflicht auf den Demonstrationen, auch zu Ihrem eigenen Schutz. Die Gefahr durch die neue Corona-Variante ist nicht zu unterschätzen.“ Im Gegenzug mussten die Demonstranten keine Abstände mehr einhalten.

Beobachtungen nach erschienen viele Teilnehmer zunächst allerdings ohne Masken vor dem Rathaus und zogen diese nur nach mehrmaligen Aufrufen der Veranstalter zum Tragen des „Maulkorbs“ auf. Als die Veranstalter die Versammlung beendeten, hatte jedoch kaum noch jemand die Maske vor dem Gesicht.

Weitere kleinere angemeldete/unangemeldete Montagsspaziergänge in der Region gab es in Ettlingen (50), Bruchsal (490), Weingarten (100), Waghäusel (100), Malsch (80).

Insgesamt dürften es am 24. Januar bundesweit rund 200.000 Montagsspazierende gewesen sein, in großen Städten wie in kleinen Orten, was eine kleine Steigerung der Teilnehmendenzahlen zur Vorwoche bedeutet haben dürfte. Auffällig war, dass zunehmend mehr der Spaziergänge angemeldet worden war und dass es deutlich weniger Medienberichte über Unfrieden, Gewalt oder Polizeigewalt gab. Beides deutete auf eine generelle Entradikalisierung der Corona-Proteste hin.

Ein exemplarischer Montagsspaziergang fand in Nordhausen im Harz statt

nnz-online
24.01.2022

MONTAGSABEND IN NORDHAUSEN

Es werden immer mehr

Beobachter gehen von weit über 1.000 Spaziergängern aus. Und es blieb auch in der heutigen Ausgabe des "Spaziergangs" wirklich ein Spaziergang - und er blieb friedlich. Familien waren unterwegs, Freunde hakten sich ein, viele von ihnen hatten Lichter in der Hand. Man sah zudem Menschen, die sich T-Shirts mit dick durchgestrichenen Nazisym-bolen übergezogen hatten. "Wir wollen damit zeigen, dass wir uns nicht gemein machen mit Extremisten, mit Reichsbürgern, mit Nazis", sagte ein Spaziergänger der nnz.

Auch leugnen viele nicht, dass es das Virus, dass es Corona gibt. Nur: die Mehrheit, die mit der nnz sprachen, wenden sich gegen das zum Teil konfuse Handeln der Politik. Das beliebige Auf- und Zusperren von Gaststätten, das Drunter und Drüber in den verschiedenen Bundesländern. "Wir haben den Eindruck, dass die Damen und Herren Politiker mit vielen Medien unter einer Decke stecken. Und wir sehen keine Linie in der Politik, die uns aus der Pandemie führen könnte", erzählte ein Mann aus Bleicherode, der dreifach geimpft und trotzden an Corona erkrankt war. Das Fass zum Überlaufen brachte wohl jetzt unser aller Gesundheitsminister Lauterbach, der quasi im Alleingang den Genesenenstatus halbiert. "Dieser Mann ist noch nicht mehr als Minister tragbar", sagte der Bleicheröder, der auch nächsten Montag wieder in Nordhausen spazieren gehen will.

Passend dazu berichteten die Medien einen Tag später, am 25. Januar, von einem weiteren VGH-Urteil zu 2G in BaWü und dem Willen der Landesregierung, das Urteil durch neue Verordungen in ein paar Tagen umgehen zu wollen.

WELT **Gericht kippt 2G-Regel für Einzelhandel in Baden- Württemberg**

Erst in Bayern, jetzt auch im Südwesten: Die Justiz kippt die harten Beschränkungen fürs Einkaufen. Es ist der zweite Rückschlag für die Regierung Kretschmann innerhalb weniger Tage. Ungeimpfte dürfen vorerst im Südwesten wieder mit einem aktuellen Test shoppen gehen. Der Verwaltungsgerichtshof kippte die 2G-Regel für den Einzelhandel am Dienstag. Das Einfrieren der Alarmstufe II durch die Corona-Verordnung der Landesregierung sei voraussichtlich rechtswidrig, teilte der VGH in Mannheim mit. Die darin vorgesehene 2G-Regel werde mit sofortiger Wirkung außer Vollzug gesetzt. Damit gilt für den Einzelhandel vorläufig, dass neben Geimpften und Genesenen auch wieder Menschen mit einem aktuellen Test (3G) in Läden einkaufen dürfen. Erhebliche Grundrechtsbeschränkungen könnten „nicht abgekoppelt von der Sieben-Tage-Hospitalisierungs-Inzidenz angeordnet werden“, heißt es in der Mitteilung des Gerichts. Diese Inzidenz gibt an, wie viele Corona-Infizierte innerhalb einer Woche und pro 100.000 Einwohner in eine Klinik gebracht werden. Allerdings will die Regierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann noch diese Woche das reguläre Stufensystem wieder in Kraft setzen. Kretschmann kündigte allerdings an, dass die Regeln innerhalb der einzelnen Stufen nochmal angepasst werden müssten. Die rasante Ausbreitung der Omikron-Variante mache dies nötig.